

Text 1: Charakter, Funktion und Ideologie des Faschismus

Der Charakter des Faschismus

Auf dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale bezeichnete ihr Generalsekretär, der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff, der vorher in Deutschland im Reichstagsbrandprozeß angeklagt wurde, den Faschismus an der Macht als *"die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."* Damit ist gemeint, dass sich die Großkapitalisten der Banken und Industriekonzerne der bürgerlichen Demokratie, des Parlaments und der organisierten Arbeiterbewegung entledigten und eine uneingeschränkte Herrschaft mit terroristischen Mitteln aufbauten.

Dieser Charakterisierung des Faschismus standen u.a. die Theorien österreichischer Sozialdemokraten und englischer Sozialisten entgegen, die den Faschismus als eine Form der Staatsmacht beschrieben, die *"über beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie steht."* (Otto Bauer), oder aber als *"aufständische Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat"* (Henry Noel Brailsford) auffassten.

Diese Faschismustheorien lösten sich von der marxistischen Staatstheorie, indem sie zu viel Gewicht auf die relative Selbstständigkeit des Staats legten. Diese Selbstständigkeit besitzt der Staat zwar, er ist nicht einfach 1:1 die unmittelbar entscheidende Bourgeoisie, jedoch ist er für MarxistInnen letztlich ein Instrument der herrschenden Klasse. Bauer, Brailsford und Co. hielten den Faschismus für die Herrschaftsform der kleinen Eigentümer, ohne die Hauptprofiteure und -finanziers zu erkennen und verfielen der Propaganda der Faschisten, sie seien *"Über Klassen und Stände, Berufe, Konfessionen"* (Adolf Hitler) erhaben.

Der Faschismus ist mehr als nur eine Ersetzung der bürgerlichen Regierung durch eine andere; sie ist vielmehr nämlich die Ablösung der Staatsform der bürgerlichen Demokratie durch die der terroristischen Diktatur. Entscheidend ist, die bürgerliche Demokratie wandelt sich nicht automatisch zur Diktatur, der Faschismus ist - im Gegenteil zur Propaganda und oberflächlichen Kapitalismuskritik der Faschisten - das Mittel der Herrschaftssicherung des Finanzkapitals. Zum Faschismus greift es, wenn es seine Herrschaft mit anderen, bürgerlichen-demokratischen Mitteln nicht mehr aufrechterhalten kann. Diesen Unterschied anzuerkennen ist die Grundlage für einen erfolgreichen Widerstandskampf, da nur so die Arbeiterklasse die breitesten Schichten der Werktätigen für den Kampf um die Verteidigung erkämpfter Rechte gewinnen und die Widersprüche innerhalb des bürgerlichen Lagers, z.B. zwischen Kleinproduzenten und Großkapital, ausnutzen kann.

"(...) man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluss fasst, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur zu errichten. In Wirklichkeit gelangt der Faschismus gewöhnlich zur Macht im gegenseitigen, zuweilen scharfen Kampf mit den alten bürgerlichen Parteien oder mit einem bestimmten Teil dieser Parteien, im Kampf sogar innerhalb des Faschistischen Lagers selbst (...)." (Georgi Dimitroff)

Der Weg bis zur Machtübertragung an den Faschismus erfolgte keineswegs linear und gleichförmig oder nach einem festen Muster, sondern nahm je nach der Situation in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Formen an. In Italien verfügte der Faschismus z.B. über keine so große Massenbasis wie in Deutschland, weshalb er das Parlament nach seinem Machtantritt noch einige Zeit und in pervertierter Form weiterarbeiten ließ. In Deutschland, das zur Zeit des Machtantritts der Nazis über eine starke KP verfügte, ging die Machtübertragung Hitlers einher mit der unmittelbaren Inhaftierung und systematischen Verfolgung politischer Gegner, sowie der mehr oder weniger sofortigen Entmachtung des Parlaments und der

bürgerlichen Demokratie (Reichstagsbrandverordnung, Ermächtigungsgesetz, Gesetz zur Selbstaflösung der Parteien).

Obwohl also das bürgerliche Lager nicht komplett hinter dem Faschismus stand, durchlief der Faschismus vor seiner Machtübertragung eine Reihe von "Vorbereitungsmaßnahmen", die die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und des Parlaments (z.B. Präsidialkabinette in der Weimarer Republik, die faktisch am Parlament vorbeiregierten) angriffen und die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung verschärften (Verbot kommunistischer Organisationen, Inhaftierung von Revolutionären).

Die Führer der Sozialdemokratie, seit Ausbruch des 1. Weltkriegs (Burgfrieden) im Bündnis mit der Generalität der Obersten Heeresleitung und in der Weimarer Republik in verschiedenen Regierungen vertreten, wandten sich in der Endphase der Republik nicht gegen die reaktionären Vorbereitungsmaßnahmen zur Errichtung des Faschismus und lehnten jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten zur Abwendung der faschistischen Gefahr ab. Der sozialdemokratisch geführte Einsatz der Polizei mit mehreren Todesopfern auf Mai-Demonstrationen, erweckte bei vielen Kommunisten dieser Zeit den Eindruck, die "schwarz-rot-senf"-farbene Republik unterscheide sich nicht sonderlich von dem Terror der Nazis.

Kasten zur Sozialfaschismusthese

Die Sozialfaschismusthese stellte für die Erringung einer antifaschistischen Einheitsfront ein schweres Hemmnis dar. Ihr Zustandekommen ergab sich aus zwei Momenten. Zum einem aus der konkreten praktischen Erfahrung und zum anderen aus einer vorläufig noch unpräzisen Charakterisierung des Wesens des Faschismus durch die KI. Als unzulänglich und problematisch erwies sich, daß die KI zeitweilig den Faschismus und die Sozialdemokratie als zwei Seiten ein und desselben Werkzeugs der Diktatur des Monopolkapitals betrachtete. Dafür schien zu sprechen, daß die faschistische Diktatur in Italien zu Beginn im wesentlichen parlamentarische Formen beibehielt und zum Teil gar Vertreter der Sozialdemokratie ihre Bereitschaft zur Mitarbeit signalisierten. Die aus dem VI. Weltkongreß der KI hervorgehende Orientierung auf den unmittelbaren Kampf um die Diktatur des Proletariats bewirkte, jedwedes Hindernis, das sich diesem Bemühen in den Weg stellte, leichtfertig als faschistisch zu deklarieren. Die zum damaligen Zeitpunkt beobachtbare Einbeziehung der Sozialdemokratie in den Herrschaftsapparat der Monopolbourgeoisie, ließen den Sozialreformismus als das Haupthindernis für das Voranschreiten der sozialistischen Revolution erscheinen. Von dort aus war es nur noch ein kurzer Weg, angesichts des Wirkens und der objektiven Rolle der Sozialdemokratie von Sozialfaschismus zu sprechen. Die unmittelbare Erfahrung der Kommunisten mit der Sozialdemokratie im besonderen deutschen Falle schien dieser Einschätzung durchaus recht zu geben. Von Anfang an war die SPD in der Weimarer Republik eine staatstragende Kraft, die zwecks Abwürgung der revolutionären Kämpfe mit Reichswehr und Freikorpsverbänden kooperierte, auf Arbeiter schießen und die Führer der jungen KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, ermorden ließ. In der von Kommunisten verhassten Republik besetzten Sozialdemokraten vor allem im mit Abstand größten Land im Reichsverbund, Preußen, wichtige staatliche Stellen. Sozialdemokratisch geführte Polizei schoß immer wieder auf kommunistische Arbeiter, erinnert sei nur an den Blutmai von 1929. All dies konnte den Eindruck erhärten, daß zwischen dem Terror der sozialdemokratischen Polizei und dem faschistischen Terror kein qualitativer Unterschied bestehe. Daß die von der KPD-Führung unterbreiteten Angebote zu einer antifaschistischen Aktionseinheit regelmäßig abschlägig beschieden wurden, ergänzte diese Einschätzung.

Erst das rasche Wachstum der faschistischen Bewegung und die Machtübertragung vom 30. Januar 1933 ließ die Einsicht reifen, daß zwischen dem Kampf um den Sozialismus und dem Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie eine Wechselbeziehung und zwischen faschistischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie ein qualitativer Unterschied monopolkapitalistischer Herrschaftsausübung besteht, daß der erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus der Einbeziehung breiter Volksschichten bedarf.

Seine Möglichkeit, in den Massen der Bevölkerung Unterstützung zu gewinnen, zieht der Faschismus aus der sozialen Demagogie, seiner ideologischen Hetze. Er appelliert an die *"brennendsten Nöte und Bedürfnisse"* (Dimitroff) der Menschen, entfacht nicht nur antisemitische und rassistische Vorurteile, sondern macht sich außerdem ihr Gerechtigkeitsgefühl zu Nutze. Obwohl er die zügelloseste Ausbeutung überhaupt zum Ziel hat (Zwangsarbeit, Vernichtung durch Arbeit), wettet er gegen die Banken und Konzerne und spielt mit der Enttäuschung der Menschen über die bürgerliche Demokratie. Wie bei Mussolinis Marsch auf Rom oder Hitlers Marsch auf die Feldherrenhalle, stellt sich der Faschismus als besonders revolutionär dar, ja bezeichnet seinen Herrschaftsantritt auch als "Machtergreifung" - in Wirklichkeit ist der Faschismus der Angriff auf die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse und der Versuch, die uneingeschränkte Herrschaft des Monopolkapitals wiederherzustellen und erkämpfte soziale Errungenschaften rückgängig zu machen: *"Der Staat aller wird wieder zum Staat der wenigen werden."* (Mussolini) Auch wenn das Mussolini Zitat nicht unserer Staatsauffassung entspricht, so macht es doch den drastischen Abbau demokratischer Rechte im Vergleich zur bürgerlichen Demokratie recht deutlich.

Funktion und Ideologie des Faschismus

Wie klar werden sollte, ist nicht jeder kapitalistische Staat automatisch auf dem Weg zum Faschismus. Einer der Gründe jedoch, wieso Faschisten in den bürgerlich-demokratischen Ländern so schonam behandelt werden ist, dass sie auch in Zeiten der relativ gesicherten Herrschaft der Monopole einige für den Kapitalismus nützliche und z.T. notwendige Funktionen erfüllen:

- *Auffangen, bzw. die Ableitung und Umfunktionierung von Protestpotenzial:* Der Faschismus sammelt nicht mehr ins politische System integrierbare und damit potenziell systemgefährdende Bevölkerungsschichten und richtet ihren Hass auf die Gegner des Monopolkapitals, statt auf selbiges, um sie zu zerschlagen (besonders gefragt in ökonomischen Krisenzeiten)
- *Barometerfunktion:* das Monopolkapital kann ablesen, inwieweit sich Gruppen, die aus dem politischen System ausgeschlossen sind eine antiparlamentarische Massenbasis entwickeln lässt. (Beispiel für einen sehr sichtbaren Ausdruck: Wachstum der paramilitär. Verbände: SA und andere faschistische Organisationen, aber auch Wählerzuspruch faschistischer Parteien)
- *Alibifunktion für reaktionäre Regierungspolitik:* Faschisten gewöhnen die Öffentlichkeit an reaktionäre Forderungen, diese werden schließlich, mit der Berufung auf "Forderungen aus der Bevölkerung" von der Politik umgesetzt. Sie fungieren quasi als Stichwortgeber der politischen Rechtsentwicklung, die dann z.B. von Westerwelle und Sarrazin aufgegriffen wird. (Beispiel: Abschaffung des Asylparagraphen, Zwangsarbeit für Arbeitslose - wurde schon vor vielen Jahren von der NPD und anderen rechten Organisationen gefordert)
- *aktive Antreiberfunktion in der Rechtsentwicklung:* Mit Erstarken der Faschisten können die reaktionärsten Kapitalfraktionen mit der Drohung des Verlusts weiterer Wählerschichten Druck auf die gemäßigten Kapitalfraktionen ausüben. (Bsp. Druckausübung durch Parteienfinanzierung)
- *Einschüchterungsfunktion gegenüber demokratischen Bewegungen:* Faschistische (Terror-)Organisationen bekämpfen demokratische Gruppierungen und hindern diese an ihren

Aktivitäten. Beispiel: Autonome Nationalisten, Wehrsportgruppen (Kampfsportvereine, faschistische Schützenvereine), Anti-Antifa.

- *Bürgerkriegsfunktion in Ländern mit zugespitzter Klassenkonfrontation*: Faschisten agieren auf der Seite des Monopolkapitals, lassen Rufe nach "Recht und Ordnung" laut werden, was seit Entstehung des Faschismus eine agitatorische Konstante ist. (Beispiel: Mussolinis Schwarzhemden griffen in den 1920ern auf Seiten der Großgrundbesitzer in den Konflikt mit Bauern und Landarbeitern ein und ermordeten ihre Anführer; Freikorps während des Kapp-Putschs und der Märzrevolution; griechische Faschisten griffen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter während der Klassenauseinandersetzungen in den letzten beiden Jahren 2010 und 2011 an)
- *Destabilisierungsfunktion*: Relevant, wenn Teile des Monopolkapitals auf einen Übergang zur faschistischen Diktatur drängen und zur Rechtfertigung einen Eindruck der "Unregierbarkeit" und Angst in der Gesellschaft erzeugen durch Terror (Historische Beispiele: P 2-Strategie in Italien, Türkei vor der fasch. Machtübernahme)

Spaltung als Ziel - die faschistische Ideologie

Die faschistische Ideologie musste und muss die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den bestehenden Zuständen äußern, darf aber die kapitalistische Gesellschaft als solche nicht ernsthaft gefährden. Die ideologischen Grundpfeiler des Faschismus existieren auch losgelöst, z.B. in konservativen Organisationen, entfalten aber erst in ihrem Zusammenhang die Spezifik, die sie im Faschismus haben.

Grundlegend hierfür ist die Idee der "Volksgemeinschaft" - einer Schicksalsgemeinschaft aller Menschen von gleicher Abstammung ("gleichem Blut"), in der Klassendenken und Individualismus keinen Platz haben und als widernatürlich bezeichnet werden. Sie dient der Verschleierung der Klassengegensätze. In dieser Volksgemeinschaft müssen alle bedingungslos zusammenstehen, höheren Zielen dienen, und sich für "die Allgemeinheit" aufopfern. Jede Kritik und Opposition ist somit automatisch volksfeindlich, jemand der die Klassengegensätze aufheben will ein Zersetzer.

Der Faschismus geht dabei nicht nur von der Verschiedenheit der Völker und Rassen, sondern auch von "höher- und minderwertigen Rassen" aus. Der Rassismus ist hier doppelt nützlich: Zum Einen als identifikationsstiftendes Moment für die Angehörigen des "überlegenen Volks" (und damit die Klassengegensätze verschleiern) und zum Anderen als Legitimation für die imperialistische Unterwerfung und Beherrschung anderer Völker. *"Nur der Krieg bringt alle menschlichen Energien zur höchsten Anspannung, nur er prägt den Völkern, die den Mut aufbringen, ihn zu wagen, das Zeichen des Adels auf."* (Mussolini) Dies wiederum ist wichtig für die Ausbeutung von Rohstoffen, Arbeitskraft und die Eroberung von Absatzmärkten und Anlagemöglichkeiten. Auch innerhalb des Volks findet diese Ideologie Menschen, die nicht zur Volksgemeinschaft gezählt werden. Dies sind Menschen, die nicht dem faschistischen Menschenideal entsprechen und ökonomisch nicht verwertbar sind, also als reiner Kostenpunkt betrachtet werden: Körperlich und geistig Behinderte, Suchtkranke und Obdachlose.

Das Organisationsprinzip des Faschismus ist das "Führerprinzip" und schließt nahtlos an die angeblich natürliche Ordnung der Menschheit an: Die edelsten Männer haben den Staat zu führen und dürfen dabei nicht durch Kritik und Opposition gestört werden. Wer sich dem durch den Führer dargestellten Gesamtwillen widersetzt, sei ein Schädling. Der Faschismus dehnt das Führerprinzip auf die ganze Gesellschaft aus: Die Herrschaft des Mannes im Haus, die Herrschaft des Unternehmers im Betrieb, usw. sind der Organisation des Militärs entlehnt, das als absolutes Ideal gilt. Die Parole der faschistischen Jugend Italiens lautete: *"Glauben, gehorchen, kämpfen."*

Das Führerprinzip schließt die Mitbestimmung der Arbeiterinnen und Arbeiter aus, macht sie zu reinen Befehlsempfängern im Betrieb, die sie mit soldatischem Gehorsam auszuführen haben. Da der Faschismus als Bewegung vor allem von Angehörigen des deklassierten Mittelstands und Kleinbürgertums getragen wurde, musste auch das Privateigentum, auf dem die bürgerliche Gesellschaftsordnung basiert, eine zentrale Rolle in seiner Ideologie einnehmen. Diese Verteidiger des Privateigentums, obwohl durch die Konkurrenz selbst Opfer der Monopole und Großkonzerne, mussten letztlich am Privateigentum als ihrer Existenzgrundlage festhalten. So standen sie mit dem Monopolkapital in einer Front gegen diejenigen, die das Privateigentum an Produktionsmitteln aufheben wollten. Dies erklärt die besondere Feindschaft des Faschismus gegen den Marxismus und die kommunistische Bewegung. Anschaulich wird dies durch die Zerschlagung aller eigenständigen Arbeiterorganisationen nach der faschistischen Machtübertragung. Die Polemik der Faschisten gegen das Großkapital kann somit nicht zu sozialistischen Konsequenzen führen. Zwar gab es in der Geschichte des Faschismus immer wieder Flügel, die "linke" Forderungen aufgriffen, allerdings wurden diese spätestens nach der Erstarkung des Faschismus zur Massenbewegung (wie beim "Röhm-Putsch" gegen die SA, 1934) ausgeschaltet. Grundsätzlich wurden auch die "linken" NSDAP-Führer wie Strasser von bestimmten Fraktionen des Großkapitals (in diesem Beispiel der Schwerindustrie des Ruhrgebiets) finanziert, hofiert und unterstützt. Es steht also zur Diskussion, inwiefern der Konflikt "linke Faschisten" gegen Hitler und "Parteibonzen" letztlich ein Machtkampf zwischen zwei Strategien des deutschen Großkapitals war. Der geheuchelte Antikapitalismus der Faschisten wird dadurch versucht glaubhaft zu machen, dass ihre Führer in der Regel selbst nicht aus Kreisen des Kapitals stammen, sondern sich als Vertreter der "kleinen Leute" aufspielen können. So waren auch die Gebrüder Strasser vor ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP Mitglieder der SPD, bzw. anderer Organisationen und Kommandeure zur Zeit des des Kapp-Putschs.

Die komplexe und undurchsichtige kapitalistische Gesellschaft erweckt nicht nur Angst und Unzufriedenheit, sondern auch das Bedürfnis nach einer einfachen und plausiblen Erklärung der Welt. Der Faschismus und seine Ideologie bieten nicht nur diese Erklärung, sondern stärken auch das eigene Selbstwertgefühl und bieten Objekte, an denen sich Aggressionen relativ gefahrlos entladen können. Dafür greift der Faschismus teilweise auf alte Vorurteile zurück und ordnet sie in sein Weltbild ein, was auf mehr oder weniger einfachem Gut-Böse und Schwarz-Weiß-Denken basiert. Diese Erklärung ist umso wirksamer in Zeiten von Angst und sozialer Erschütterung. Die eigene Gruppe gilt als das Gute schlechthin, die "Fremdgruppe" als böse, destruktiv und unbedingt bekämpfungswert.

Der deutsche Faschismus ging so weit, die Juden nicht nur als feindliche Gruppe zu identifizieren und zu bekämpfen, sondern stellte sie auch als Strippenzieher hinter den dem Faschismus feindlich gesinnten Ideologien, Liberalismus und Kommunismus, dar: *"Die jüdische Lehre des Marxismus lehnt das aristokratische Prinzip der Natur ab und setzt an Stelle des ewigen Vorrechts der Kraft und Stärke die Masse der Zahl und ihr totes Gewicht."* (Hitler)

Die Juden werden mit dem "raffenden" Bankkapital gleichgesetzt, das sich angeblich vom schaffenden deutschen Kapital unterscheidet und mittels Zinsen für die Ausbeutung in der Welt verantwortlich sei, anstatt das kapitalistische Konkurrenzprinzip als Verursacher immer größerer Profitmaximierung zu benennen. Dieser Antisemitismus lenkt die Wut der Menschen auf Objekte, die mit den Ursachen der Probleme nichts zu tun haben. Einen ähnlichen Charakter hat die faschistische "Sündenbockphilosophie" bei anderen Gruppen: Sinti und Roma, Migrantinnen und Migranten, sowie Homosexuelle, Kommunisten und angebliche Freimaurer werden als Feinde identifiziert und sollen von den wirklichen Verursachern sozialer Unsicherheit ablenken.

Arbeitsfragen:

Werkzeugfrage 1: Wie charakterisiert Dimitroff den Faschismus?

Werkzeugfrage 2: Welche Funktionen hat der Faschismus auch in "ruhigen Zeiten" für den Kapitalismus? (Fallen Euch für die genannten Funktionen weitere historische oder aktuelle Beispiele ein?)

Werkzeugfrage 3: Was sind die ideologischen Grundpfeiler des Faschismus?

Diskussionsfrage 1: Unter Berücksichtigung von Charakter und Funktion des Faschismus - wieso ist die sog. „Totalitarismustheorie“/ „Extremismusthese“, bzw. die Gleichsetzung von Links und Rechts falsch und verharmlost den Faschismus? Beispiel: „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder“ (Otto Wels, SPD-Vorsitzender 1931)

Text 2: Soziale Demagogie aktuell

1. Wie Faschisten und Rechtspopulisten versuchen von der Krise zu profitieren

Die politische Rechte in ihrer Gesamtheit versucht seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 aus den Folgen die diese für den Großteil der hier lebenden Menschen hat, zu profitieren. Dabei sind es nicht nur offen auftretende Faschisten aus Parteien wie der NPD, Kameradschaften und ähnlichen Strukturen (Autonome Nationalisten), sondern auch rechtspopulistische Parteien wie die "Pro"-Bewegung, die ihren Schwerpunkt auf einen unter dem Slogan "Islamkritik" versteckten radikalen Antiislamismus legen.

Einig sind sich alle darin, dass die Krise nicht das Ergebnis der Bewegungsgesetze des Kapitalismus, sondern einiger "gieriger Banker und Manager" ist, die so zu sagen den Hals nicht vollbekommen: *"Die Kapitalströme, die täglich, nur aus Gründen der Spekulation, um den Globus rasen, haben beinahe das hundertfache Ausmaß der Geldströme, denen ein realer Warenaustausch zu Grunde liegt. Eine Klasse asozialer Spekulanten macht sich breit, die ihr Einkommen nicht mehr aus realer Arbeit bezieht, sondern aus müheloser Spekulation, welche der Gemeinschaft nachhaltig schadet."* (NPD-Aktionsprogramm) Ihre Meinung zu den Ursachen der Krise unterscheidet sich nicht groß von dem, was bürgerliche Medien, ob Fernsehen oder BILD auch sagten und sagen. Was sie allerdings auszeichnet, ist die Trennung von angeblich "nützlicher" Warenproduktion/Warenaustausch und dem "parasitären" Investieren in Aktien und Finanzmärkte. Dies ist ein von der NSDAP übernommenes Argumentationsmuster, das dem angeblich "raffenden" jüdischen Kapital das "schaffende" und somit (der Volksgemeinschaft) nützliche Kapital entgegenstellte. Heute wird dieses "raffende Kapital" in Programmen neofaschistischer Parteien und Gruppierungen durch *"Die „neue Weltordnung“ der US-Ostküste"* (NPD-Aktionsprogramm) ersetzt.

Obwohl behauptet, üben die faschistischen Gruppierungen und die Rechtspopulisten keine ernsthafte Kritik am kapitalistischen Gesellschaftssystem. Dies bekräftigt die NPD u.a. in ihrem Bekenntnis zu einem *"freien und sozialverpflichteten Unternehmertum"* (NPD-Aktionsprogramm). Dieser Begriff bleibt absichtlich vage formuliert, er zeigt nicht, inwiefern ein Unternehmertum à la NPD sich vom heutigen unterscheiden würde.

Die "Pro"-Bewegung und ihr ähnliche rechtspopulistische Strukturen konzentrieren sich hier, neben einer der NPD-ähnlichen Krisenanalyse auf die Rolle Deutschlands als "Zahlemann" Europas, v.a. Griechenlands, Irlands und Portugals. *"Die deutsche Öffentlichkeit will aus gutem Grund nichts von einer Vergemeinschaftung der Schulden im Euroraum wissen und lehnt eine*

Haftungs- und Schuldenunion kategorisch ab." (Pro-NRW) oder, noch besser auf den Punkt gebracht: "Warum sollen sich hierzulande Angestellte, Arbeiter und Freiberufler ,den Buckel krumm schuften', um in Griechenland die Rente mit 55 bzw. 60 Jahren und sagenhaften 95 % des letzten Einkommens zu finanzieren? Das ist ein Hohn und ein Schlag ins Gesicht aller deutschen Steuerzahler." (Pro-NRW)

Die Ursachen der Krise, Überakkumulation und letztlich das Privateigentum an Produktionsmitteln, werden nicht kritisiert und der schwarze Peter wird Managern und der Bevölkerung anderer Staaten zugeschoben. Verschwiegen wird, wer z.B. von den Rettungsschirmen direkt und unmittelbar profitiert: die deutschen Gläubigerbanken, die sich mit den Mitteln ihre Zinsen einstreichen. Doch auch bürgerliche Parteien wenden sich vermehrt populistischen und demagogischen Parolen zu - die seit Jahren anhaltende Rechtsentwicklung im Lager der bürgerlichen Mitte hat sich während der Krise verstärkt.

Autonome Nationalisten wie in Dortmund versuchen, auch den Nicht-Deutschen in unserem Land die Schuld für Einsparungen, z.B. im kommunalen Bereich zu geben - wohlweislich, dass die hier ausgegebenen Gelder nichts im Vergleich zu den Bankenmilliarden und Prestigeprojekten sind. *"von neuen Fördergeldern, die für multikulturelle Projekte verschwendet werden. Insgesamt 1500 Euro (die in Zeiten leerer Haushaltskassen andererorts eingespart werden)" (Nationaler Widerstand Dortmund)*

Doch nicht nur auf dieser Ebene versuchen Faschisten und Rechtspopulisten, den Zorn der Bevölkerung über die ihnen auferlegte Abwälzung der Krisenkosten auf Minderheiten und "gierige Spekulanten", also in für das System ungefährliche Bahnen zu lenken.

2. Politik gegen Erwerbslose

Trotz Plakaten und Transparenten mit Anti-Hartz 4-Bezug lässt sich nachweisen, dass Faschisten bereits mit ihren Reformforderungen eine arbeiterfeindliche und kapitalfreundliche Erwerbslosenpolitik betreiben. Den deutschen Unternehmen wird jede Schuld an der hohen Sockelarbeitslosigkeit im Land abgesprochen: *"Auf den BRD-Unternehmen lastet infolge dieser Globalisierungspolitik ein Kostendruck, der eine der Hauptursachen für die Einschnitte ins soziale Netz und das gegenwärtige Lohnniveau ist." (NPD-Aktionsprogramm)* - deutsche Unternehmen werden als Opfer ausländischer Unternehmen dargestellt, deren Konkurrenzdruck nach Lohn- und Kostensenkung sie erliegen. Hier wird ersichtlich, dass der Faschismus keinen grundsätzlichen Klassenwiderspruch anerkennt: deutsche Unternehmen würden letztlich durch äußere Kräfte dazu gezwungen, Lohnsenkungen und Entlassungen durchzusetzen, würden dies, als Teile der Volksgemeinschaft, sonst jedoch nicht tun, sondern am harmonischen Zusammenleben aller Volksgenossen teilnehmen.

Sowohl NPD als auch freie Kameradschaften fordern eine Wiedereinführung eines Zwangsarbeitsdiensts nach dem Vorbild des Reichsarbeitsdiensts: *Deutsche, die bislang als Leiharbeiter, Dauerarbeitslose, „1-Euro-Jobber“, „Mini-Jobber“, „400-Euro-Jobber“, der „Generation Praktikum“ zugehörig gelten, seien in einen staatlichen Arbeitsdienst zu übernehmen" (NPD-Bayern und Kameradschaften)* Des Weiteren soll Erwerbslosen, die ein Arbeitsangebot ablehnen, die Unterstützung gestrichen werden: *„Lehnt ein ALG II-Bezieher ein vertretbares Arbeitsangebot mit angemessener Entlohnung ab, so kann eine Kürzung seiner Unterhaltshilfe bis auf null erfolgen.“ (NPD-Bayern und Kameradschaften)*

Doch Faschisten sind nicht nur Feinde der Erwerbslosen, sie wollen die Zerschlagung der zentralen Organe der Arbeiterklasse. "Gewerkschaftsbonzen (...) nur eine einzige Möglichkeit, wie mit diesen Leuten zu verfahren ist, nämlich sie am nächsten Laternenpfahl aufzuhängen" (Manfred Breidbach, NPD) Kameradschaften und AN's fordern die Zerschlagung der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien, wobei sich ihr besonderes Augenmerk auf die Hetze

gegen kommunistische Organisationen richtet, wie die Wahlkampagne *Autonomer Nationalisten* (*antikommunismus.info*) im Jahr 2009 zeigte. Sie belassen es dabei nicht, sondern greifen in den letzten Jahren verstärkt Einrichtungen und Veranstaltungen von DKP/SDAJ, PdL und Gewerkschaften an, wie 2009, als etwa 300 bewaffnete Nazis die 1. Mai-Demonstration des DGB in Dortmund angriffen.

Die vorgeblich arbeiterfreundliche Programmatik der Faschisten, wie sie sich in folgender Forderung zeigt: "Die NPD setzt sich für die Einführung eines allgemeinen, branchenunabhängigen Mindestlohns ein, um allen Beschäftigten ein angemessenes Arbeitsentgelt zu sichern." (NPD-Parteiprogramm) entlarvt sich letztlich als arbeiterfeindlich. So spricht sich die NPD für einen Mindestlohn aus, der bei kleineren und mittleren Betrieben vom Staat gezahlt werden soll. Solche Kombilohnmodelle sind längst eingeführt worden, etwa die „Aufstocker“-Regelung bei Hartz-IV. Damit werden nicht die Unternehmer zu höheren Löhnen gezwungen, sondern das Problem auf diejenigen abgewälzt, die die staatlichen Kassen füllen: Die Lohnabhängigen.

Die arbeiterfeindliche Politik der NPD zeigt sich auch darin, dass sie alle Gewerkschaften zerschlagen will.

3. Ausländer als Sündenböcke

Die gesamte soziale Frage, die für uns Marxistinnen und Marxisten eine Frage des Klassenkampfes ist, wird von den Faschisten vornehmlich als Rassenfrage oder Frage der ethnischen Zusammensetzung eines Landes behandelt. Im Grunde geht es hier um den Begriff einer angeblich natürlich gewachsenen Volksgemeinschaft, die durch keine Interessenskonflikte gestört werde. "Ferner hat sich der Mensch wieder an der Natur und seinen natürlichen Instinkten zu orientieren." (Aktionsgruppe Rheinland). Teile der Faschisten nehmen auch die Unruhen, die direkte Folge der Abwälzung der Krisenkosten auf die Arbeiterklasse der jeweiligen Länder ist, nicht als Reaktionen auf diese Politik, sondern als Zeichen eines bald in ganz Europa ausbrechenden Bürgerkriegs zwischen weißen Europäern und andersartigen Fremden, wahr: "Dabei sind die Ausländerkrawalle in England nur der Anfang, der Beginn von europaweiten Rassenunruhen, welche Deutschland nicht verschonen werden (...) In London ist Schwarz die Hautfarbe der neuen Herrschenden - Weiß derer, die sich unterzuordnen haben." (Aktionsgruppe Rheinland). Nicht die Kapitalisten werden als Herrschende und Verursacher der sozialen Zerrüttung der Gesellschaft benannt, sondern die i.d.R. noch stärker von Armut betroffenen "Fremdlinge". Allen Faschisten gemein ist der Vorwurf, Ausländer seien Parasiten im "deutschen Volkskörper" und die Deutschen würden "in Deutschland immer weniger, unterdrückt, ausgeraubt, vergewaltigt und das Blut (...) durch Fremdlinge vermischt und verfälscht!" (Nationale Sozialisten Essen) Grundaussage der Faschisten ist, dass nur eine ethnisch und kulturell homogene Bevölkerung solidarisch miteinander sein kann: "Sozial geht nur national!" (NPD-Programm). Mit dieser Hetze gegen Migrantinnen und Migranten wenden sich die Faschisten an tief in der Bevölkerung verwurzelte Vorurteile und bis in die bürgerliche Mitte reichenden Rassismus. Die materielle Grundlage dieser Ideologien und der Grund dafür, dass sie auch von Arbeitern aufgegriffen werden, ist die Konkurrenz, in der die Individuen im Kapitalismus zueinander stehen. Wer sich gegen Konkurrenten durchsetzen muss, braucht Merkmale, die ihn diesen gegenüber besser dastehen lassen. Die national oder rassistisch definierte Herkunft kann solch ein Merkmal sein. Die Folge und der letztliche Zweck dieser sozialen Demagogie, die Migrantinnen und Migranten nicht als Opfer des Kapitalismus, sondern Urheber von Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Verarmung der Kommunen benennt, ist die Spaltung der Arbeiterklasse und die Lenkung von Protestpotenzial in Bahnen, die eine Bildung von Klassenbewusstsein verhindern.

4. Frauenfeindliche Politik

In den letzten Jahren wurden Frauen vermehrt das Ziel faschistischer Propaganda - mit dem Ergebnis, dass es z.B. in den Reihen der Autonomen Nationalisten durchschnittlich mehr Frauen in entscheidenden Positionen gibt, als in der NPD. Auch diese gründete vor einigen Jahren zwar eine eigene Frauenorganisation (Ring nationaler Frauen), welcher heute aber keine großen Lebenszeichen mehr zeigt. Grundsätzlich schließt die Volksgemeinschaftsideologie die Gleichberechtigung der Frau aus: *"Die NPD bekennt sich zur Unterschiedlichkeit und Gleichwertigkeit von Mann und Frau und lehnt die naturwidrige Gender-Mainstreaming-Ideologie ab."* (NPD-Parteiprogramm)

Im Faschismus sind Frauen für die Kinderaufzucht und die Haushaltsführung verantwortlich, mehr haben sie nicht zu sagen. Diese Zuspitzung der frauenfeindlichen Züge unserer Gesellschaft verdrehen Faschisten jedoch mythologisch, indem sie die Selbsterfüllung der Frau nicht in ihrer Unabhängigkeit vom Mann, sondern im Aufgehen in der Volksgemeinschaft verorten. Eine faschistische Frauenorganisation bringt diese Einstellung auf den Punkt: *"Hast Du erst begriffen, daß freiwillige Unterordnung und Dienst Deiner Gemeinschaft, Deinem Volk, also auch Dir und Deinen Kindern dient, dann wirst Du zur Tat schreiten ohne zu murren und ohne zu fragen! Du wirst begreifen, Dein Leben muß einen Sinn haben, diesen findest Du nicht im Konsum, im Genuß, bei der Party... Du findest ihn ihm täglichen Dienst an der Gemeinschaft!"* (Gemeinschaft Deutscher Frauen)

Diese frauenfeindliche Ideologie schlägt sich auch in den Forderungen der NPD nieder. So fordert sie in ihrem Aktions- und ihrem Parteiprogramm das fast uneingeschränkte Verbot von Abtreibungen und die rechtliche Sonderstellung der Ehe mit Kind - andere Lebensgemeinschaften darf es laut ihnen nicht geben. *"Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. (...) Sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhalb arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet."* (NPD-Parteiprogramm) Hier zeigt sich, dass auch die faschistische Frauenpolitik einen demagogischen Kern hat: Frauen müssten nicht arbeiten, sie können zu Hause bleiben und so die Männer arbeiten lassen, was Arbeitsplätze frei werden ließe. Von den Ursachen der Arbeitslosigkeit wird abgelenkt und es wird kundgetan, in persönlichem Verzicht die Lösung des Problems gefunden zu haben. Diese Forderungen ziehen sich von offen auftretenden Faschisten wie der NPD, Kameradschaften und ANs bis zu den Rechtspopulisten von REP, Pro NRW, usw.

Würde dieser Forderung gefolgt und Frauen dem Arbeitsmarkt entzogen, reihten sich diese in die Reihen der Millionen Erwerbslosen ein - was zu einer Stärkung der Rolle der industriellen Reservearmee führte und die gesellschaftliche Stellung der Frau schwächen würde, da sie so weniger in der Gesellschaft sichtbar wären und weniger in sie eingreifen würden. Frauen, auch heute massiv schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen, kämen so für die Wirtschaft vermehrt als potenzielle Lohndrücker und Konkurrenten zum Einsatz und wären eine Waffe gegen höhere Lohnforderungen, ähnlich wie sie und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter es heute schon sind. Dieses Spaltungsinstrument erfährt so eine weitere Zuspitzung.

Egal in welchen gesellschaftlichen Bereichen: Arbeitslosigkeit, Frauenfrage, Krise - die Faschisten versuchen, die Arbeiterklasse zu spalten.

Arbeitsfragen:

Werkzeugfrage: Wie versuchen Faschisten und Rechtspopulisten, die Krise für sich zu nutzen? Gegen wen wenden sie sich?

Diskussionsfrage 1: Der Faschismus dient der Spaltung der Arbeiterklasse - diskutiert an welchen auch aktuellen Forderungen u.ä. sich dies konkret festmachen lässt? Versucht, diese nun mit Forderungen konservativer und rechtspopulistischer Organisationen zu vergleichen.

Text 3: Faschistische Gefahr und antifaschistischer Widerstand heute

Was ist die Aufgabe von antifaschistischem Widerstand heute? Dazu schreibt der früh verstorbene Faschismusforscher und DKP Genosse Reinhard Opitz: „Antifaschistische Politik darf ihre zentrale Aufgabe nicht erst in der Bekämpfung eines bereits etablierten Faschismus sehen, sondern muß sich zum Ziel setzen, die Etablierung des Faschismus zu verhindern. Da der Faschismus nicht über Nacht aus dem Nichts kommt, bedeutet Verhinderung des Faschismus hier und heute die Bekämpfung und Blockierung jedweder Entwicklungen zum Faschismus.“ Um den Faschismus am wirksamsten zu bekämpfen, brauchen wir also möglichst umfangreiche und abgesicherte Erkenntnisse über die Entstehung und das Wesen des Faschismus. Wir müssen die Gefahr des Faschismus erkannt haben. Deswegen lohnt es sich an dieser Stelle noch einmal die Ergebnisse aus dem Text 1 dieser Zeitung sich ins Gedächtnis zu rufen. Im Text 1 werden die Wesensmerkmale des Faschismus in der nach wie vor gültigen Definition Georgi Dimitroffs zusammengefasst. Der Faschismus ist laut Dimitroff „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Der Faschismus bedeutet die Ablösung der bürgerlich-formaldemokratischen Staatsform durch ein Gewalt- und Willkürregime zur terroristischen Durchsetzung der innen- und außenpolitischen Interessen und Ziele der führenden Kreise des Monopolkapitals. Der Faschismus bedeutet insbesondere die Unterdrückung und Zerschlagung jeglicher Opposition, vor allem der Arbeiterbewegung, bis hin zur physischen Vernichtung ihrer Kader. Der Faschismus ist somit die gewalttätigste Form der politischen Herrschaft des Monopolkapitals, die dann aktuell wird, wenn die bisherigen Herrschaftsmechanismen für das Monopolkapital versagen oder zu versagen drohen. Dabei betont (der oben bereits zitierte marxistische Faschismusforscher) Reinhard Opitz, dass der Faschismus nicht nur eine Reaktion des Monopolkapitals auf das Versagen bisheriger Herrschaftsformen ist. Der Faschismus, so Opitz, ist in erster Linie eine Aktion oder Offensive des Monopolkapitals. Denn „mit dem Faschismus setzt das Monopolkapital seine Interessen und Ziele am ‚reinsten‘ durch, während es bei formaldemokratisch verfaßten Herrschaftsformen ständig unter dem Druck steht, Zugeständnisse und Abstriche machen zu müssen.“ Im Allgemeinen haben wir es mit zwei Haupterscheinungsformen des Faschismus zu tun: *erstens* mit dem auf eine politische Massenbewegung gestützten Faschismus. Dieser errichtet seine Diktatur mittels einer faschistischen Bewegung. *Zweitens* mit einem sich auf einen Militärapparat stützenden Faschismus, der sich zum Beispiel der Armee oder aber auch der Polizei des eigenen Landes (oder einer verbündeten imperialistischen Macht) bedient. Eine vorbeugende und dadurch rechtzeitig wirksam werdende Faschismusbekämpfung muss immer die Möglichkeit beider Formen im Blick haben. Das heißt sie muss die gesellschaftlichen Bedingungen erkennen, aufgrund derer die monopolkapitalistische Gesellschaft die eine wie die andere Form des Faschismus aus sich hervorbringt. Sie muss die Verschiedenartigkeiten und auch die Einheitlichkeit der Ursachen beider Formen erkennen, um zu einer realistischen Gegenstrategie zu gelangen. Die beiden unterschiedlichen Erscheinungsformen, für Faschismus an der Macht, resultieren nicht aus einer unterschiedlichen ökonomischen Situation. Denn der Faschismus insgesamt ist nicht die politische Erscheinung nur einer bestimmten Phase der monopolkapitalistischen Ökonomie. Ob der Faschismus in einer monopolkapitalistischen

Gesellschaft auf die eine oder andere Art an die Macht gelangt, ergibt sich deswegen nicht aus der Ökonomie, sondern aus der konkreten politischen Kräftekonstellation in einem Land und aus seiner außenpolitischen Stellung. Die konkrete historische Situation, die bestehenden Kräfteverhältnisse und die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse sind maßgebend für die Gefahr der Machtübernahme des Faschismus.

Entscheidend ist damit, wie es um die demokratischen Kräfte in einem Land bestellt ist und wie sich das internationale Kräfteverhältnis darstellt. Die Stärke oder Schwäche demokratischer Kräfte ist ausschlaggebend für die Errichtung und die Art und Weise des Faschismus an der Macht.

Das monopolkapitalistische Integrationsproblem

Das kapitalistische Herrschafts- und Profitsystem in dem wir leben, lässt sich unbehindert nur aufrechterhalten, solange die Mehrheit der Bevölkerung sich ausbeuten lässt. Und nicht nur das, sondern auch solange sie *die*, von der kapitalistischen Klasse über sie errichtete politische Herrschaft duldet. Vor diesem Problem der Herrschaftssicherung stand schon die liberale kapitalistische Gesellschaft. Vor allem durch zwei historische Entwicklungen hat dieses Problem der Herrschaftssicherung sich für den Monopolkapitalismus verschärft. Erstens: Im Monopolkapitalismus findet eine immer engere Verflechtung der monopolistischen Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft statt. Diese immer enger werdende Verzahnung erfordert, ein funktionierendes Ineinandergreifen dieser drei Bereiche auf der Grundlage des monopolkapitalistischen Gesamtinteresses. Es ist also ein breit gefächertes Staats- und Verwaltungsapparat notwendig, der diese Entwicklung organisiert und im Dienste des Monopolkapitals steht. Im Übergang zum Monopolkapitalismus musste der Staat ein Minimum an sozialer Sicherheit gewährleisten, um Stabilität herzustellen. Dies kam den Forderungen der Arbeiterbewegung zum Teil entgegen. Zweitens hat die zahlenmäßig angewachsene und zu einer politischen Kraft gewordene Arbeiterklasse das allgemeine Wahlrecht erkämpft. Daraus ergibt sich das innenpolitische Grundproblem für den Monopolkapitalismus, das Reinhard Opitz als das „monopolkapitalistische Integrationsproblem“ bezeichnet hat: Wie kann eine Politik, die den Interessen einer kleinen gesellschaftlichen Minderheit (den Monopolkapitalisten) dient von der Masse der Werktätigen geduldet und sogar getragen werden? Der Hebel liegt darin, die Werktätigen, nichtmonopolistischen Schichten, von ihren eigenen Interessen abzulenken.¹ Entscheidend ist, dass das Monopolkapital eine ungestörte Produktion und Verwertung, die Ausdehnung des eigenen ökonomischen Einflusses und der Schaffung/Eroberung neuer Märkte wünscht. Dafür braucht der Monopolkapitalismus ideologische Instrumente. Er muss versuchen, die Spitzen von jeglichen politischen Parteien und Verbänden zu seiner Gefolgschaft zu machen. Das gelingt ihm durch Ideologien wie zum Beispiel Chauvinismus, Antikommunismus oder durch eine Partnerschaftsideologie, die sich gegen die Solidarität der Arbeiterklasse untereinander richtet. All diese Ideologien bezwecken auf die eine oder andere Weise eine Solidarität mit einer monopolkapitalistischen Interessenspolitik. Dadurch soll eine Integration aller nichtmonopolistischen Schichten geschaffen werden, durch welche die monopolkapitalistische Politik die formale Legitimation durch die Mehrheit erhalten kann. Dazu gehört auch zum Beispiel die Organisierung von Massenzustimmung zu imperialistischen Kriegen. Gelingt dem Monopolkapital immer diese Integration? Nein, dafür steht seine Politik den Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu stark gegenüber. Es gibt vor allem zwei voneinander verschiedene Möglichkeiten des Dahinschwindens der monopolkapitalistisch bestimmten Mehrheitsbasis. Die eine ist die, dass die permanente Verletzung der Interessen der Bevölkerungsmehrheit durch

¹ Dabei kommt dem Monopolkapital zu gute, dass im Kapitalismus die ökonomische Basis den Arbeitern auf den ersten Blick nicht so erscheint, wie sie wirklich ist (zum Beispiel werden die arbeitenden Menschen im Kapitalismus nicht nach Stunden, sondern nach ihrem gesellschaftlichen Wert bezahlt usw.).

Sozial- und Demokratieabbau zur politischen Aktion gegen die monopolkapitalistische Politik führt (so wie wir das tun z.B. in der SDAJ). Die andere Variante ist, dass dieselbe Verletzung der eigenen Interessen durch das Monopolkapital faschistischen Organisationen in die Hände spielt. Wie kann das sein? Indem das persönliche Gefühl der Unzufriedenheit innerhalb der Grundkoordinaten der monopolkapitalistischen Propaganda, d.h. insbesondere innerhalb einer bürgerlichen Weltanschauung, gefangen bleibt. Dadurch kann die Ursache der Unzufriedenheit nicht erkannt werden. Dieser Zustand führt „zu einer aggressiven Wendung gegen diejenigen, die die monopolkapitalistische Ideologie täglich als „die Feinde der Nation“, als „die Volksverräter“, als die Hauptschuldigen an allen Misständen hingestellt hat: „die Intellektuellen“, „die Linken“, „die Kommunisten“, „die terroristischen Moslems“, „die jüdisch bolschewistische Verschwörung“ usw. Diejenigen, auf die dann Protest und Angriff der Unzufriedenen gelenkt werden, sind außerhalb der Grenzen der jeweilige äußere „Hauptfeind“ (z.B. „die bösen Griechen,“ oder "die bösen Iren") und im Inneren des Landes stets die demokratischen Kräfte (PdL, DKP, Gewerkschaften, Antifaschistische Organisationen und Interessensverbände der Arbeiterbewegung, aber auch Zeitungen z.B. die Junge Welt). Mit „demokratisch“ sind alle die Kräfte gemeint, die die objektiven Interessen der nichtmonopolistischen Bevölkerungsmehrheit zum Ausdruck bringen. Weil der monopolkapitalistische Staat den Kampf gegen diese demokratischen Kräfte jeden Tag führt, liegt der Wunsch, der in Unruhe geratenen nichtmonopolistischen Schichten nach radikaler Veränderung in einem noch viel schärferen Vorgehen gegen diese angeblichen „Feinde“. Dabei sind ihnen die inneren und äußeren „Feinde“ selbst von der imperialistischen Politik vorgegaukelt. „An die Stelle bloßer Behinderung der progressiven Kräfte und der diplomatischen und ökonomischen Bekämpfung des äußeren „Feindes“ tritt der Ruf nach totaler Vernichtung und Zerstörung. In der Zuspitzung heißt das offener Terror und Krieg zur Durchsetzung aggressiver Ziele des Monopolkapitals, die fälschlicherweise als - in Wirklichkeit herbei manipulierter und fremdbestimmter - ‚Willen‘ von Volksmassen dargestellt werden.“ (Opitz). Unbehagen und Protest schlagen so aufgrund des monopolkapitalistisch verfälschten Bewusstseins in faschistische Mentalität um. Auf diese Weise werden faschistische Massenbewegungen erzeugt.

Wann kommt der Faschismus an die Macht?

Wenn die traditionellen bürgerlichen Parteien keine Mehrheitsbasis mehr finden und die staatlichen Integrationsmechanismen (wie zum Beispiel eine ausgleichende Sozialpolitik und das Vertrauen in bürgerlich parlamentarischer Institutionen) versagen, kann es unter bestimmten Bedingungen zum Faschismus an der Macht kommen. Nämlich nur, wenn das Monopolkapital von der militantesten und aggressivsten Fraktion beherrscht wird, die sich als Führung auch die anderen Kapitalfraktionen mit Gewalt unterordnet. Das internationale Kräfteverhältnis spielt gleichfalls eine Rolle - im Monopolkapitalismus geht es auch um die gewaltsame Unterordnung der Interessen ausländischen Kapitalgruppen unter der Führung des z.B. deutschen Monopolkapitals. Erst wenn die gewaltsame Unterordnung inländischer und ausländischer Kapitalgruppen unter einer Kapitalgruppe gegeben ist, kann das Monopolkapital Kurs auf den Übergang zum Faschismus nehmen, um seine Interessen durchzusetzen. Entscheidend für „die Errichtung einer faschistischen Diktatur ist in keinem Fall an die Voraussetzung einer stark entwickelten und mit der Machtübernahme ‚drohenden‘ sozialistischen Bewegung geknüpft. Faschismus wird nicht von einer sozialistischen Bewegung, sondern von der inneren Widersprüchlichkeit des Monopolkapitals und deren Folgen provoziert.“ (Opitz). Wenn aber die demokratische und sozialistische Bewegung so stark entwickelt ist, dass sie in nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen Einfluss hat (auch in der Armee), dann wird auch die Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur nahezu unmöglich. Wenn an dieser Stelle imperialistische „Hilfe“ (in Form von

militärischer Intervention ausbleibt) muss das Monopolkapital politische Kompromisse an die demokratischen Kräfte machen und sich somit auf den Weg fortschreitender Demokratisierung der Gesellschaft begeben.

Antifaschistischer Widerstand heute

Die Strategie der Faschismusverhinderung muss immer sowohl von der Gefahr einer faschistischen Massenbewegung als auch von der einer faschistischen Militärdiktatur ausgehen. Wir müssen also erstens der Entstehung eines faschistischen Massenbewusstseins entgegenwirken und gleichzeitig den Weg zur Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur abschneiden. Das bedeutet im ersten Fall: sozialistische Interessensvertretungspolitik zu entwickeln in breiten Jugendbündnissen in der Schule, im Betrieb, in der Kommune (usw.). Und es bedeutet im zweiten Fall den Kampf zu führen gegen Demokratieabbau und das Erstarken des staatlichen Repressionsapparates, der unserem politischen Kampf auf der Straße behindert und das Errichten einer faschistischen Diktatur erleichtert. Da der Antikommunismus durch die monopolkapitalistische Propaganda weit verbreitet ist, setzen wir uns in Schule und Betrieb zunächst für einen antifaschistischen Grundkonsens ein. Es geht uns darum, der Mehrheit der Jugendlichen zu vermitteln, dass die faschistische Diktatur ihren Grundrechten unmittelbar gegenübersteht. Die Einsicht in die Unvereinbarkeit des Faschismus mit den eigenen Interessen stellt den ersten Schritt des Prozesses der politischen Bewusstseinsbildung dar. Sie leitet ihn ein, lange bevor der Monopolkapitalismus selbst zum Gegenstand kritischen Nachdenkens wird. Die Auseinandersetzung mit vorhandenen faschistischen Strömungen führt die Jugend in eine indirekte Auseinandersetzung mit dem Monopolkapital. Und nur, indem sie in diese Auseinandersetzungen eintreten und dabei ihre eigenen Erfahrungen machen und neue Einsichten gewinnen, kann sich ihr politisches Bewusstsein weiterentwickeln. Dazu müssen wir beitragen. „Den nichtsozialistischen und auch den zunächst sogar noch aktiv antisozialistisch eingestellten nichtmonopolistischen Bevölkerungsteilen - gegen ihre antisozialistischen und antikommunistischen Ressentiments - die Notwendigkeit des Zusammengehens mit Sozialisten als das Grunderfordernis wirksamer Faschismusverhinderung begreiflich zu machen, weil es einen wirksamen Schutz gegen den Faschismus nur im gemeinsamen Kampf der nichtsozialistischen und der sozialistischen Kräfte gegen jedwede faschistische Regung gibt, stellt die eigentliche Schwierigkeit und damit eine Kernaufgabe der antifaschistischen Arbeit dar.“ (Opitz). Wie aber lassen sich die Leute dann für einen gemeinsamen antifaschistischen Kampf gewinnen? Nur indem wir ihnen unermüdlich den Widerspruch zwischen den Interessen der Bevölkerungsmehrheit und den tatsächlichen Zielen einer faschistischen Regierung nachweisen. Wir müssen diese Arbeit als junge Sozialistinnen und Sozialisten, wie auch als Kommunistinnen und Kommunisten, so lange machen, bis der Mehrheit der Jugend die Identität ihrer eigenen Interessen mit den Interessen der Sozialisten an der Verhinderung des Faschismus klar werden. Begünstigt durch die politische Schwäche der Arbeiterbewegung findet seit Jahrzehnten eine beispiellose Offensive der Unternehmerverbände gegen die Lohnabhängigen statt. Diese Offensive des Kapitals drückt sich in verschärftem Sozial- und Demokratieabbau, sowie einer aggressiveren Außenpolitik (Bundeswehr als Interventionsarmee, zur Verteidigung deutscher "Wirtschaftsinteressen") aus. Die verschärfte soziale Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie der Angestellten führt heute zu einem Verlust von Integrationskraft der bürgerlichen Demokratie: Perspektivlosigkeit und Orientierungslosigkeit verstärken sich. Der Glaube an die Sinnhaftigkeit der bürgerlichen Demokratie verflüchtigt sich. Dies zeigt sich, zum Beispiel wenn massenhaft Schülerinnen und Schüler auf die Straße gehen und wissen, dass sie ihre Rechte nicht anders durchsetzen können. Oder es zeigt sich auch, wenn die derzeitigen Occupy-Protteste mit der Benennung der Banken, einen dem Finanzkapital zugehörigen Bereich des Monopolkapitals,

als Krisenverursacher benennen können und anprangern. In diesen Bewegungen versuchen insbesondere auch faschistische Kräfte eine Rolle im Auffangen, Ableiten und in der Umfunktionierung dieses Protestpotentials zu spielen. Sie versuchen, an rassistische und antisemitische Vorurteile anzuknüpfen und als Stoßrichtung dieser Bewegung durchzusetzen: „Man wird ja wohl noch sagen können: viele Bankiers sind ja auch Juden!“ (vgl. Text 2). In Kiel oder in Frankfurt tummeln sich in diesem Herbst vermehrt auch Faschisten in diesen Demonstrationen, die aufgrund des Kennzeichnungs-Verbotes nicht als solche sofort erkannt und ausgeschlossen werden konnten.

Gerade heute in der Wirtschaftskrise ist das Monopolkapital auf einen verschärften Sozial- und Demokratieabbau angewiesen. Durch den Bildungs- und Sozialabbau kann es seine Krise auf den Schultern der Arbeiterklasse austragen. Durch einen verschärften Demokratieabbau, der durch den Ausbau des staatlichen Repressionsapparates in den letzten Jahren vorangetrieben wurde, kann es die Austragung seiner Krisenlasten auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung auch repressiv absichern. Gesellschaftlicher Protest gegen Kürzungen findet damit unter immer schwieriger werdenden Bedingungen statt. Bundesländer wie Bayern, Sachsen und zumindest bis zu den Landtagswahlen 2011 noch Baden- Württemberg sind dabei als bundesweite Vorreiter in Sachen Demokratieabbau zu betrachten (zunehmende Repressionen bei Demonstrationen und Beschneidung des Streikrechts und der betrieblichen Mitbestimmung). Historisch hat sich gezeigt, dass die Machtübergabe an die Faschisten umso einfacher ist, je ausgehöhelter die demokratischen Rechte bereits sind.

Deswegen bedeutet Antifaschismus jeden Tag für den Erhalt bereits existierender bürgerlicher Rechte zu kämpfen. Er bedeutet somit gegen den Demokratieabbau der bürgerlichen Parteien zu kämpfen. Antifaschismus bedeutet in der Bevölkerungsmehrheit, das Bewusstsein für die eigenen Interessen und Rechte zu schärfen.

Die NPD, sogenannte „freie Kameradschaften“ und „Autonome Nationalisten“ erweitern ihre Einflussgebiete immer mehr: Die NPD verfügt bundesweit mittlerweile über 300 Mandate in 5 kommunalen Gremien, selbst in Landtage konnte sie wieder einziehen. Voraussetzung für ihre Wahlerfolge ist ihre Verankerung in gesellschaftlichen Institutionen, in Vereinen, in Gemeinden und Stadtteilen. Sie betreibt Jugendarbeit, wirbt mit Musik-Projekten, Schülerzeitungen, Hausauf-gabenhilfe und Hartz-4-Beratung. Sie stellt sich - nicht nur im Wahlkampf - als „soziale“ Partei dar. Als „Arbeiterpartei“, als eine Partei, die die Interessen der Arbeitslosen und der Ausgegrenzten 10 vertritt und sich gegen die „Ellenbogengesellschaft“ einsetzt. Ihre Propaganda deckt nahezu alle politischen Bereiche ab. Sie agitiert vordergründig gegen Kriegseinsätze und Imperialismus genauso wie gegen die Kommerzialisierung von Sport und Freizeit. Das Spektrum der „Autonomen Nationa-listen“ betreibt in Abgrenzung zur NPD eine Selbstdarstellung als „Antikapitalisten“ und „Revolu-tionäre“. Gemeinsam terrorisieren sie AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen und MigrantInnen. In 15 einigen Regionen, Städten und Stadtteilen gelingt es ihnen bereits, zu einer dominierenden politischen Kraft zu werden. Sie haben dort massiven Einfluss auf die öffentliche Stimmung und errichten „No-Go-Areas“ für MigrantInnen und Linke. Ihr sogenanntes „3-Säulen-Konzept“, das den Kampf um Straße, Köpfe und Parlamente vorsieht, geht an einigen Orten auf.

Um dagegen anzuhalten brauchen wir einen antifaschistischen Grundkonsens überall dort, wo wir aktiv sind. Insbesondere in Interessensvertretungsorganen, wie SVen oder Gewerkschaften, müssen wir aufzeigen, dass die Politik der Faschisten alles andere als sozial ist.

Es geht darum, die vermehrten Versuche der Faschisten, die soziale Frage für sich zu besetzen und sich in Interessensvertretungsstrukturen (SV, Gewerkschaften) zu verankern, zu unterbinden. Das Hauptmittel dabei ist, die Entlarvung der sozialen Demagogie der Faschisten. Um das zu schaffen, brauchen wir einen antifaschistischen Grundkonsens innerhalb der arbeitenden und

lernenden Jugend. Wir brauchen breite Widerstands- / und Blockade-Bündnisse, die sich Bildungs- und Sozialabbau, sowie dem Demokratieabbau seitens des bürgerlichen Staates, sowie den Faschisten überall in den Weg stellen. Und deswegen gehört es auch zum Antifaschismus jeden Tag sozialistische Interessensvertretungspolitik zu machen. Es bedeutet sich in Jugendbündnissen zusammen zu schließen, die für die Interessen und Rechte aller jugendlichen Werktätigen kämpfen. Antifaschismus ist für uns daher *die Massenpolitik der Arbeiterklasse*.

Arbeitsfragen:

Werkzeugfrage 1: *Welche beiden Haupterscheinungsformen des Faschismus kennen wir bisher?*

Werkzeugfrage 3: *Was bedeutet „das monopolkapitalistische Integrationsproblem“ und welche historischen Entwicklungen haben dieses Problem für den Monopolkapitalismus erzeugt?*

Diskussionsfrage 1: Was bedeutet es, wenn die Unzufriedenheit von Bevölkerungsteilen in der „monopolkapitalistischen Propaganda“ gefangen bleibt? Und was heißt das für unsere antifaschistische Strategie und Taktik?

Diskussionsfrage 2: Was ist nach Genosse Opitz unsere Kernaufgabe in der antifaschistischen Arbeit und warum ist diese gleichzeitig so schwer? Warum ist die Entwicklung von Klassenbewusstsein in der Arbeiterjugend in diesem Zusammenhang ein Grundpfeiler unserer antifaschistischen Strategie?

Diskussionsfrage 3: Auf unserem 20. Bundeskongress im Oktober 2011 haben wir die Kampagne „Nazifreie Zone“ beschlossen. Darin haben wir uns als langfristiges Ziel die Entwicklung eines antifaschistischen Grundkonsenses unter der Arbeiterjugend gesetzt. Was bedeutet das? Und was bedeutet es kurzfristig für unsere alltägliche politische Arbeit in Schule, Betrieb und Kommune?

Diskussionsfrage 4: a) Wer sind „demokratische Kräfte“ und was zeichnet sie aus? b) Was bedeutet das für unsere Bündnisarbeit?